

Elendshäuser bestimmen die Wahl

Gelsenkirchen kämpft mit den Folgen der Armutsmigration – die SPD kann das Oberbürgermeisteramt gegen die AfD verteidigen

SUSANN KREUTZMANN, GELSENKIRCHEN

Vor einigen Jahrzehnten war das Blaue Haus mit der verschnörkelten Gründerzeitfassade eine begehrte Immobilie. Es liegt zentral im Stadtteil Schalke, das Traditionstadion ist gleich um die Ecke. Jetzt pfeift der Wind durch kaputte Fenster, die Ladenlokale sind mit Holz verhüllt. Das massive dreistöckige Eckhaus sieht unbewohnt aus – doch der Eindruck täuscht: Darin hausen Menschen.

Schrottimmobilien nennen sie in Gelsenkirchen solche Häuser, in denen grösstenteils Zugewanderte aus Bulgarien und Rumänien unterkommen. Die meisten von ihnen sind Sinti und Roma. Das Geschäftsmodell mit den heruntergekommenen Häusern bringt den Eigentümern meist hohe Renditen. Oft zahlt das Sozialamt für die kinderreichen Familien die Miete. Marcel Günther vom Ordnungsdienst der Stadt spricht von «Resteverwertung». Häufig steckten kriminelle Banden hinter diesen Machenschaften.

Weidel macht Wahlkampf

Bei der Kommunalwahl in der Ruhrpott-Stadt bestimmten die Schrottimmobilien die Diskussion. Gelsenkirchen war bis auf kurze Unterbrechungen seit dem Zweiten Weltkrieg immer in SPD-Hand. Doch jetzt profitierte die AfD von der Verwahrlosung ganzer Stadtteile. Wie wichtig für sie die Bürgermeisterwahl in der Ruhrgebietstadt war, zeigte der Besuch der AfD-Chefin Alice Weidel. Im Tross mit dem Bürgermeisterkandidaten Norbert Emmerich lief sie durch Problemviertel und gab sich schockiert über die «unzumutbaren Zustände».

Die Rechtspopulisten holten in Gelsenkirchen ihr bestes Ergebnis in Deutschlands bevölkerungsreichstem Bundesland Nordrhein-Westfalen. Ihr Kandidat Emmerich trat in der Stichwahl um das Oberbürgermeisteramt gegen die SPD-Kandidatin Andrea Henze an. Die Sozialdemokratin siegte am Sonntag deutlich mit knapp 67 Prozent der Stimmen, Emmerich kam auf 33 Prozent. Allein dass es so weit gekommen ist, verbucht die Rechtsaußenpartei für sich als grossen Erfolg.

Denn lange war Nordrhein-Westfalen, die viel zitierte Herzammer der Sozialdemokratie, ein schwieriges Pflaster für die AfD. Die Kommunalwahlen zeigen, wie sich die Partei auch im Westen Deutschlands flächendeckend ver-



Mehrere Problemimmobilien in Gelsenkirchen-Bismarck wurden von der Stadt aufgekauft und abgerissen.

DANIEL CHATARD FÜR NZZ

ankert hat. Die AfD konnte ihr Ergebnis verdreifachen. Die SPD erlebte einen historischen Absturz.

Die sozialen Verwerfungen sind in der Stadt sichtbar. In Stadtteilen wie Ückendorf und Schalke liegt Sperrmüll vor den Häusern, Hinterhöfe wurden zu illegalen Schrottplätzen umfunktioniert. Selbst am helllichten Tage tummeln sich im Müll die Ratten. In manchen Wohnungen sind Wasser und Strom abgesetzt; sie sind oft heillos überbelegt.

Einst wurde Gelsenkirchen als Stadt der 1000 Feuer geprägt, doch davon ist nichts übrig geblieben. 2008 schloss die letzte Zeche. Die Arbeitslosigkeit kletterte auf gegenwärtig mehr als 13 Prozent, vor allem gut ausgebildete Menschen zogen weg. Von den einst 400 000 Einwohnern sind noch rund 270 000 geblieben. Die Stadt kämpft mit Leerstand, besonders in den ärmeren Stadtteilen, die immer mehr verelenden.

Die EU-Arbeitnehmerfreiheit lockte Zehntausende Armutsmigranten aus Südosteuropa ins Ruhrgebiet. Allein in Gelsenkirchen leben rund 13 000



Andrea Henze
SPD

Norbert Emmerich
AfD

Rumänen und Bulgaren. Ein Minijob reicht aus, um die vollen Sozialleistungen zu bekommen. 255 Euro Kindergeld pro Monat gibt es noch dazu, es steht EU-Ausländern zu. Schlepperbanden vermitteln Wohnungen und gefälschte Arbeitsverträge. Dafür kassieren sie übersteuerte Mieten, die das Sozialamt überweist. Etwa 340 solcher Problemhäuser hat die Stadt auf ihrer Liste. Mehr als 60 Immobilien hat sie bereits aufgekauft, renoviert oder abgerissen.

Das Büro von Uwe Gerwin, Leiter Integration, liegt in einem futuristischen Glasbau, mitten in einem Park. Von sei-

nem Büro aus kann er auf den teilweise verwahrlosten Stadtteil Ückendorf schauen, so hat er die Probleme immer im Blick. An diesem Tag sitzt sein Kollege Marcel Günther vom Ordnungsdienst der Stadt bei ihm im Büro. Die beiden gehen häufig zusammen durch die Problembezirke und versuchen mit der Polizei, die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen. «Wir sind das Antivirusprogramm», sagt Günther. Doch all das reicht aus seiner Sicht nicht. An die wirklichen Strukturen und Hintermänner kommen er und Gerwin nicht heran. Günther spricht von einem ständigen Katz-und-Maus-Spiel. Das grösste Problem ist für ihn die EU-Freiheitlichkeit. Sie ermöglicht es selbst Betrügern, Sozialleistungen zu ergaunern. Und sobald es Ermittlungen gibt, kehren die Leute zurück in ihre Heimatländer.

Wie sehr der Stadt die Hände gebunden sind, zeigt sich auch beim Blauen Haus, das vor ein paar Jahren zwangsversteigert wurde. Bis heute zahlte der neue Eigentümer nur die bei Zwangsversteigerungen notwendige Sicherheits-

leistung von 10 Prozent, den restlichen Kaufpreis blieb er schuldig. Trotzdem konnte er von den dort einquartierten Roma-Familien Miete kassieren. Das war aufgrund einer Gesetzeslücke möglich, die die Bundesregierung erst im vergangenen Jahr geschlossen hat.

Die Stadt versuchte, Druck auf den Eigentümer auszuüben, und auferlegte ihm unter Androhung von Bussgeldern notwendige Instandhaltungsmaßnahmen. Inzwischen ist der Eigentümer verkaufsbereit, was die Stadt für sich als Erfolg verbucht. Doch hier beginnt eine neue Absurdität. Den mit krimineller Energie ausgestatteten Vermieter, der den Behörden jahrelang auf der Nase herumtanzt, muss die Stadt jetzt noch mit Staatsmitteln bezahlen, um das Gebäude zu erwerben. Nur, um es anschliessend abreißen zu können. Den Anwohnern ist selbst das mittlerweile egal. Sie sind einfach froh, wenn der Schandfleck verschwindet.

Sozialmissbrauch ist sichtbar

Am Nachmittag fahren die Stadtmitarbeiter Marcel Günther und Uwe Gerwin zu den Problemhäusern, die sie bestens kennen. Beide haben schon unzählige Kontrollen dort durchgeführt. Fenster mit zerbrochenen Scheiben, illegal ausgebaute Dachgeschosse oder vermüllte Treppenhäuser gehören zum Alltag. Dann wieder trafen sie auf vernachlässigte Kinder, die eigentlich in die Schule gehörten, berichtet Günther, während er den VW-Bus durch die engen Straßen rangiert. Sie deckten Phantomadressen auf, über die noch Sozialleistungen bezogen werden. Beide sind überzeugt: Die Politik der Nadelstiche mit einer hohen Kontrolldichte ist beschwerlich. Auf Dauer aber zahlt sie sich aus.

Günther hält vor einem unscheinbaren Haus. Am Straßenrand stehen Autos ohne Kennzeichen, dazwischen ein schicker BMW mit bulgarischem Nummernschild. Ein paar Meter weiter turmt sich Sperrmüll. Günther zeigt auf das Haus. «95 Prozent der Bewohner bekommen Sozialleistungen», sagt er. Alle männlichen Bewohner sind bei einem Kurierdienst beschäftigt, meist auf Minijob-Basis. «Das ist dann die Eintrittskarte für das Sozialsystem.»

Nach Aussage der beiden Stadtmitarbeiter sind die schlimmsten Häuser inzwischen von der Stadt aufgekauft. Die Armutsmigration geht zurück, wenn auch nur sehr langsam. Im Stadtbild sieht man davon aber nur wenigen.

Trump kündigt Militäreinsatz in Portland an

Der US-Präsident hält immer noch einen Groll auf die Stadt, in der es in seiner ersten Amtszeit zu teilweise gewaltsamen linken Protesten kam

CHRISTIAN WEISFLOG, WASHINGTON

Mit gewohnt martialischen Worten wies Donald Trump das Pentagon am Samstag an, Truppen in «das vom Krieg verwüstete Portland» zu schicken. Diese sollen dort unter anderem Gebäude der Einwanderungspolizei ICE vor linken Demonstranten der Antifa und «anderen einheimischen Terroristen» beschützen. «Ich erlaube auch den Einsatz aller Gewalt, sollte es notwendig sein», schrieb der amerikanische Präsident auf Truth Social.

Trump definierte nicht genau, welche Truppengattung er einsetzen möchte. Zuvor mobilisierte der Präsident in der Hauptstadt Washington, in Kalifornien und nun auch an nächster Woche in Memphis die Nationalgarde. Diese Einheiten stehen gewöhnlich unter dem Befehl der einzelnen Gouverneure, solange keine grössere Notlage besteht. In Portland kam es in den vergangenen Monaten zu Protesten vor Gebäuden der Einwanderungspolizei, wobei die Ordnungskräfte im Juni teilweise auch Tränengas und Blendgranaten einsetzen mussten. In den vergangenen Wochen blieb die Zahl der Demonstranten bei diesen Protesten jedoch gering.

Portland und der Gliedstaat Oregon an der Nordwestküste der USA sind allerdings Hochburgen der Demokraten. Im Juni bezeichnete Portlands Bürgermeister Keith Wilson seine Stadt stolz als «sanctuary city». Solche von Demokraten regierten Gemeinden und Gliedstaaten bieten illegal eingereisten Immigranten, die keine Verbrennen begangen haben, einen gewissen Schutz vor den nationalen Einwanderungsbehörden. Unter anderem helfen ihre lokalen Polizisten den ICE-Agenten nicht dabei, Sans-Papiers zu verhaften oder in ihren lokalen Gefängnissen einzusperren.

Zudem fragen ihre Ordnungshüter bei Verkehrskontrollen die Fahrer nicht nach ihren Aufenthaltpapieren.

Gouverneurin nicht informiert

Trump versucht Kommunen wie Portland zur Kooperation zu zwingen, indem er ihnen droht, für sie bestimmte Bundesgelder – etwa für den Straßenbau – zurückzuhalten. Für Portland, die mit 650 000 Einwohnern grösste Stadt in Oregon, stehen dabei rund 350 Millionen Dollar auf dem Spiel. Doch bis jetzt geht sich der Bürgermeister kämpferisch.

Trump habe «alle notwendigen Truppen» nach Portland beordert, erklärte Wilson am Samstag. «Die Zahl der notwendigen Truppen in Portland ist gleich null», fügte er hinzu. «Der Präsident wird hier keine Gesetzlosigkeit oder Gewalt finden, ausser er plant, sie zu begehen.»

Die demokratische Gouverneurin Tina Kotek war über die Pläne des Präsidenten nicht informiert. Sie habe davon ebenfalls über den Post auf Truth Social erfahren, sagte sie am Samstag. Bei einem nachfolgenden Telefonat habe sie dem Präsidenten klar gemacht, dass Portland keine Truppen auf seinen Strassen brauche: «Unsere Stadt ist weit von einer kriegsversehrten Gemeinschaft entfernt.» Sie prüfe derzeit eine Klage gegen die Bundesregierung in der Sache.

Bürgermeister Wilson berichtete am Freitag von «einem plötzlichen Zuzug» von Bundespolizisten und der erhöhten Präsenz von gepanzerten Fahrzeugen in seiner Stadt. Er rief die Bevölkerung dazu auf, ruhig zu bleiben und «nicht in die Falle zu tappen».

Was der amerikanische Präsident genau vorhat, muss sich noch zeigen. Eigentlich hatte Trump während Wochen ange-

kündigt, die Nationalgarde als Nächstes nach Chicago zu entsenden, um dort mit der Kriminalität aufzuräumen. Doch davon ist er vorerst abgerückt. Nach dem Mord an dem konservativen Aktivisten Charlie Kirk am 10. September haben

Trump und seine Regierung «die radikale Linke» für das Attentat verantwortlich gemacht. In einem symbolischen Akt erklärte der Präsident vergangenen Woche die heterogene, antifaschistische Bewegung Antifa zu einer «einheimischen Terrororganisation».

Echo der George-Floyd-Proteste

Mit dem verstärkten Fokus auf Antifa scheint Trump die Situation in Portland gelegen zu kommen. Seine Pressesprecherin Karoline Leavitt erklärte vergangene Woche, dass «eine Terrorzelle der Antifa» das Gebäude der Einwanderungspolizei in Portland «belagere». Der Präsident vermischt die gegenwärtige Situation seinerseits – bewusst oder unbewusst – mit den antirassistischen Protesten im Sommer 2020. Nach dem Mord an dem Afroamerikaner George Floyd in Minneapolis kam es in Portland zu anhaltenden Demonstrationen mit teilweise gewaltsamen Ausschreitungen und Plünderungen. Vergangene Woche meinte Trump über die Demonstranten in der Stadt: «Das sind verrückte Leute, sie versuchen, Gebäude niederzubrennen.»

Momentan brennt Portland nicht. Aber die Proteste von damals sind für die Republikaner zum prominenten Beispiel für linke Gewalt geworden. Wer Trump-Anhängern kritische Fragen zum Sturm auf das Capitol stellt, bekommt als Antwort oft zu hören, dass dieser im Vergleich zu den linken Protesten im Sommer 2020 doch harmlos gewesen sei.

Der Einsatz des Militärs könnte die angespannte Stimmung in der Gesellschaft weiter schüren. Ob er künftige Gewalt gegen die Einwanderungspolizei verhindern kann, scheint dabei fraglich. Der bisher blutigste Zwischenfall trug sich vergangene Woche nicht in Oregon, sondern in Texas zu. Von einem Dach aus schoss ein 29-jähriger Attentäter wahllos auf die Bürosfenster eines ICE-Gebäudes und Dienstwagen davor. Auf eine ungebrauchte Patrone hatte er «Anti-Ice» geschrieben. Allerdings töötete der Täter am Ende keine Agenten, sondern einen verhafteten Migranten.